

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unvorhergesehen eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Bezugspreise: Durch unsere neuen frei ins Haus monatlich 20 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 15 Pfg. u. wöchentlich 30 Pfg. Bei der Post bestellbar und durch Abgabe der Postkarte 1.20 M. monatlich 80 Pfg. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 2.25 M., monatlich 60 Pfg. Einrückungspreise in den Morgenstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsbeilagen sind Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Bezugspreise: Die in den Spalten rechts oben angegebene Raum für Anzeigen mit und ohne Bild. Anzeigen mit Bild sind dem Verlag zu empfehlen. Die Anzeigenpreise für die ersten 10 Zeilen betragen 10 Pfg. pro Zeile. Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte. Anzeigenpreise für die zweite und dritte Spalte 1/2, für die vierte und fünfte Spalte 2/3. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen gültig. Für die übrigen Zeilen gelten die oben angegebenen Preise. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 10 Zeilen gültig. Für die übrigen Zeilen gelten die oben angegebenen Preise.

Nr. 10

Sonnabend, den 12. Januar 1918

13. Jahrgang

# Günstiger Verhandlungsgang in Brest-Litowsk.

## Der Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Mit Recht begannen die Mittwoch-Verhandlungen in Brest-Litowsk mit kraftvollen Bewährungen der verbündeten Regierungen gegenüber gewissen unangemessenen Ansprüchen und völlig verfehlten Umtriebsversuchen, wie sie sich die Russen während der vorangegangenen Verhandlungspause haben zuschulden kommen lassen. Vor allem erklärte Herr von Kühlmann, hierbei, wie in allem übrigen, auf das Entscheidende von Czernin und ebenso von dem bulgarischen wie von dem türkischen Vertreter unterstützt, daß unter keinen Umständen eine Verlegung der Konferenz von Brest-Litowsk nach Stockholm oder nach irgend einem anderen neutralen Orte zurzeit anzügig wäre. Es wäre schlechthin grotesk, wollte man diese Verhandlungen unter den räuspelnden Einfluß der abseits gebliebenen Entente stellen. Im engsten Zusammenhang hiermit und gleichfalls begründet durch das Stillschweigen der übrigen Entente wurde ausdrücklich erklärt, daß das Programm vom 25. Dezember seine Gültigkeit verloren hat und daß von nun an die Mittelmächte sich die völlige Freiheit des Handelns bewahren wollen. Nicht weniger energisch erinnerte Herr von Kühlmann daran, daß gewisse russische Unternehmungen daran zweifeln ließen, ob es der russischen Regierung überhaupt ernst damit sei, einen Frieden oder, wie es von nun an nur noch heißen kann, einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten zu suchen. Diese deutliche Sprache war durchaus gegeben. Sie war nicht zuletzt veranlaßt durch die bekannten, höchst bedauerlichen Operationen der Petersburger Telegraphen-Agentur, falsche Nachrichten über die Sprache der Russen in Brest-Litowsk zu veröffentlichen. Auch gegen diese Fälschungen erhob Kühlmann unnahegebigsten Protest. Es bleibt zu hoffen, daß von nun an die russische Regierung das Prinzip der Deffektivität nicht wieder zur Stimmungsbildung mißbraucht. Schließlich haben auch die militärischen Vertreter der Mittelmächte den Russen zu Beginn der neuen Verhandlungen einen Ordnungsruf zukommen lassen, und auch das ist zu Recht geschehen. Die russische Presse hat es nämlich für angemessen gehalten, in mehr als unbilliger Weise die Militärstellen der Mittelmächte, im besonderen aber den deutschen Kaiser, durch Pressedukationen und Ansprachen an russische Körperschaften zu verunglimpfen. Daß das nicht der richtige Ton ist, in dem Rußland mit den sieghaften Mittelmächten zu verkehren hat, bedarf keines Hinweises. Ebenjowenig aber können wir dulden, daß die russische Revolution, so aussichtslos derartige Versuche auch sein mögen, ihre Propaganda auf die Heere der Verbündeten für erste doch immer noch gegenüberstehenden Armeen der Mittelmächte überträgt. Auch gegen diese Taktik haben sich die militärischen Vertreter in Brest-Litowsk gewandt. Nach solcher vorangehenden Bereinigung haben die Russen das Bedürfnis gefühlt, zunächst einmal eine Atempause zu beantragen. Sie ist ihnen bewilligt worden. Am Donnerstag früh haben sich alsdann die russischen Delegierten unter der Leitung von Trotsky zu den Verhandlungen eingestellt. Damit dürfte fürs erste die Voraussetzung für eine sachliche und den tatsächlichen Verhältnissen gerecht werdende Weiterarbeit geschaffen worden sein. Es bleibt nunmehr abzuwarten, inwiefern die russischen Bevollmächtigten die wahren Interessen ihres Landes wahrzunehmen wissen werden. Die Absichten der Mittelmächte bedürfen keiner weiteren Erläuterung.

## Der heutige amtliche Kriegsbericht.

Amtl.) Großes Hauptquartier, 12. Januar.  
Westlicher Kriegsschauplatz.  
Die Gefechtsaktivität blieb auf Artillerie- und Minenwurfskämpfen an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.  
Ostlicher Kriegsschauplatz  
Nichts Neues.  
An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.  
Der Erste Generalquartiermeister (H. T. S.) Ludendorff.

Wege freundschaftlichen Uebereinkommens zwischen den Völkern den für die ganze Welt ersehnten allgemeinen Frieden zu erreichen. Unerfüllbar ist daran festzuhalten, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten und insbesondere für die arbeitenden Klassen eines jeden Staates das schwerste Uebel bedeutet, daß alle kriegsführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und Friedensverhandlungen unverzüglich einleiten wollten, hat die ukrainische Zentralrada, das Parlament der ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündung der ukrainischen Republik eine aktive Politik in der Friedensfrage einzuleiten. Gegenwärtig, da der Rat der Volkskommissare gemäß dem letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der ukrainischen Volksrepublik folgendes: 1.) Die gesamte Demokratie des ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt, einen Frieden zwischen allen gegenwärtigen kriegsführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden an. 2.) Der zwischen allen Mächten zu schließende Friede muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke in jedem Staate das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrecht sichern. 3.) Für die Ermöglichung des wirklichen Willensausdruckes der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden. 4.) Es ist demnach jedwede Annexion, d. h. jedwede unzulässige Angliederung oder Uebergabe irgend eines Landteiles ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig. 5.) Ebenso unzulässig sind vom Standpunkt der arbeitenden Klassen jedwede Kriegesentscheidungen, welche Formen auch immer ihnen beigegeben würden. 6.) Kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schäden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, welche auf den Friedenskonferenzen ausgearbeitet werden müssen, materielle Hilfe erwiesen werden. 7.) Die ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in völkerechtlichen Angelegenheiten selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können. 8. Die Nicht des Rates der Volkskommissare erste An sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus den Verhandlungen mit den gegen Rußland kriegsführenden Mächten eventuell resultierende Friede für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet würden. 9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung (und zwar ausschließlich eine Bundesregierung) Frieden schließen, die von allen Republiken und haarklich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in der nächsten Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur die geeinigte Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen. An dem Prinzip eines demokratischen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig die möglichst rasche Herbeiführung dieses allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht auf den Versuch, die seine Verwirklichung näher bringen können, bei. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu besitzen,

indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongress erfolgen wird, zu dessen Besichtigung die Regierung der ukrainischen Volksrepublik alle Kriegsführenden auffordert.

Die Antwort des Staatssekretärs von Kühlmann.  
In Erwiderung auf die Ausführungen des ukrainischen Staatssekretärs Holubowitsch erklärte der Vorsitzende, Staatssekretär v. Kühlmann: „Wir haben von den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden der ukrainischen Delegation und vom Inhalte der uns gemachten Mitteilungen mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ich schlage vor, daß die ukrainische Note als wichtiges historisches Dokument den Akten des Kongresses einverleibt werde. Die Vertreter der verbündeten Mächte begreifen im Sinne ihres Telegramms vom 26. Dezember 1917 die in Brest-Litowsk erscheinenden ukrainischen Vertreter. Die Vertreter der verbündeten Mächte behalten sich ihre Stellungnahme zu den Einzelheiten der Ausführungen der ukrainischen Delegation vor.“

Anschließend sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, einige Fragen zu stellen, um die Unterlagen für die Beschlußfassung der verbündeten Mächte zu schaffen. Bisher sei mit den Vertretern der Petersburger Regierung über sämtliche, das russische Gebiet betreffenden Angelegenheiten verhandelt worden. Es müsse daher an den Vorsitzenden der Delegation der Petersburger Regierung die Frage gerichtet werden, ob er und seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Rußlands hier diplomatisch zu vertreten beabsichtigten.

Trotsky gab hierauf die folgende Erklärung ab:  
„In Kenntnis der durch die ukrainische Delegation veröffentlichten Note des Generalsekretariates der ukrainischen Volksrepublik erklärt die russische Delegation ihrerseits, daß sie in vollem Einvernehmen mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation bis zur vollen Völkervereinigung ein Einverständnis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen findet.“ Ueber die Bedeutung dieser Erklärung entspann sich eine längere Diskussion, die schließlich in die Frage zusammengesetzt wurde, ob die ukrainische Delegation eine Untertabelle der russischen Delegation darstelle oder ob sie in diplomatischer Beziehung als Vertretung eines selbständigen Staates zu behandeln sei.

Diese Frage wurde von Trotsky dahin beantwortet, daß er sie als erledigt betrachte, da die ukrainische Delegation als eine selbständige Vertretung hier aufgetreten, da diese Vertretung von seiner Delegation anerkannt und da von keiner Seite ein anderer Vorschlag gemacht worden sei.

Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation dankte hierauf dem russischen Vertreter für diese Stellungnahme und für die Art, in der diese aufgenommen wurde. Er nehme an, daß dadurch die selbständige Stellung, die seine Abordnung bei den Friedensverhandlungen einzunehmen habe, bestimmt sei, daß nämlich die ukrainische und die russische Abordnung zwei getrennte selbständige Delegationen derselben Partei bildeten.

Weitere Erklärungen Trotsky.  
Recht bemerkenswert sind die Erklärungen, die der russische Minister des Aeußern Trotsky am Donnerstag als Antwort auf die von uns gestern wiedergegebenen Erklärungen Kühlmanns über die Verlegung der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk abgab und worin er den Standpunkt der Russen kennzeichnete. Er sagte: „Vorerst bestätigen wir, daß wir in vollem Einvernehmen mit dem vorher gefassten Beschlusse, die Friedensverhandlungen weiterzuführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht.“ Was den russischen Vorschlag auf Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anbelange, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Rußlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führe, zumal es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handle. Die technischen Schwierigkeiten, die bei Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet mit sich bringe, könne die russische Delegation ebenfalls

## Politische Uebersicht.

### Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Eine Ansprache des ukrainischen Delegierten.  
In der Vollziehung der Friedensdelegation in Brest-Litowsk am Freitag unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Kühlmann führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie, Holubowitsch aus: Die durch den Krieg erschöpften und gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. In dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Großrußlands ohne Rücksicht zu nehmen auf die Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse kühn die Schützengräben der kriegsführenden Mächte zu dem Zwecke überschritten, um nicht auf dem Schlachtfelde durch Blut und Eisen, sondern auf dem